

Konferenz: "Bad Godesberger Perspektiven" am 19.11.2016

Thementisch 4

Wohnen, Quartiersentwicklung, lebendige Stadtteile

Input: Timo Heyn, Diplom Geograph beim EMPIRICA-INSITUT

Stichworte aus Input und Diskussion

- Insgesamt ist Bonn auf Bevölkerungswachstum programmiert, trotz des relativ moderaten wirtschaftlichen Wachstums. Jährlich wären mindestens 1.600 neue Wohnungen erforderlich, faktisch sind es lediglich 600 bis 700. Konsequenz: massive Erhöhung der Mieten und der Immobilienpreise mit erheblichen sozialen Folgen. Junge Familien können sich nur schwer Wohneigentum schaffen bzw. die Mieten leisten. Das gilt gerade auch für Bad Godesberg und die Zusammensetzung seiner Stadtgesellschaft.
- Ein wesentliches Hemmnis beim Neubau sind die Konflikte um Verdichtung. Wie kann man diese unvermeidlichen Konflikte begrenzen? Ein positives Beispiel zeigt, dass es geht: Bei einem massiven Verdichtungsvorhaben in Friesdorf (Ürziger Straße) hat der Träger einen intensiven Beteiligungsprozess mit den Anwohnern organisiert und Ausgleichsmaßnahmen (neuer Kinderspielplatz) durchgeführt. Die Firma hat anschließend beschlossen, bei allen neuen Bauvorhaben ein entsprechendes Beteiligungsverfahren durchzuführen.
- Wohnraum-Leerstände müssen systematischer erfasst und die Wohnungen wieder genutzt werden.

- Die Stadt stellt ihre Flächen nicht unter Bedingungen zur Verfügung, unter denen wirklich sozialer Wohnungsbau in nennenswertem Umfang entstehen kann. (wie z. B. Beauftragung der VEBOWAG, Genossenschaftlicher Wohnungsbau).
- Konkret gefordert wurde, bei allen Bewilligungen von neuen Bauplänen die Auflage durchzusetzen, 30% der neuen Wohnungen als Sozialwohnungen zu errichten.
- Fehlnutzung von Wohnraum war das am emotionalsten besetzte Thema. Drastische Beispiele wurden genannt, auch illegale Unterbringung in unsicheren Kellerräumen bis zur Bedrohung von Hausmeistern, die an möglichen Anzeigen gehindert werden sollen. Die Stadt ist dringend aufgefordert, die vorhandenen Möglichkeiten besser zu nutzen, insbesondere die Zweckentfremdungssatzung, und hier die nötige Personalkapazität zu schaffen.
- Mehr Angebote von Quartiersmanagement als Treffpunkte, Ort und Anreger für Initiativen und ihre sichere Finanzierung werden gefordert.
- Wohnungstauschbörse: Organisation und Förderung von Umtausch großer, von Senioren bewohnter Wohnungen in seniorengerechte kleinere und Vergabe der großen Wohnung an Familien. Beispiel: VEBOWAG im Pennenfeld.
- Die Stadt muss mehr Personal für den Bereich Wohnen/Bauen/Quartiers- und Stadtteilentwicklung einsetzen.
- Beklagt wurde, dass es zu wenig attraktive Angebote für Jugendliche in Bad Godesberg gebe. Alle Schulen in Bad Godesberg sollten aufgefordert werden, Schülerinnen und Schüler zu Vorschlägen zu animieren, was ihnen in diesem Stadtbezirk fehlt, was verändert oder was attraktiver gestaltet werden kann.
- Was passiert mit bzw. an der Kurfürstenallee? Bleibt es dabei, dass im Gebäudekomplex am Michaelshof und im Altstadtcenter Mietwohnungen entstehen?

- Bei einzelnen Klagen (z.B. die bevorstehende Schließung der Sparkassenfiliale Heiderhof oder der Um-/Neubau Kindergarten in der amerikanischen Siedlung durch die VEBOWAG) wurde die Frage nach der Verantwortlichkeit der Politiker und Politikerinnen in den Aufsichtsgremien der Institutionen gestellt. Inwieweit können und sollen sie auf bürgergewollte Entscheidungen drängen, selbst wenn diese nicht wirtschaftlich sind?
- Ein Masterplan für Bad Godesberg wäre sinnvoll, in dem sowohl Potentiale (Flächen, Verdichtungsmöglichkeiten), als auch Bedarfe (Bevölkerungszuwachs) berücksichtigt werden. Es sollte keine Trennung nach nationalen Gruppen in getrennten Wohnbereichen geben und der Bedarf an Sporteinrichtungen (auch hier ist ein Hallenkonzept dringend nötig), kulturellen Schwerpunkten gerade auch für Kinder und Jugendliche (Erhalt der Musikschule und andere) sollte enthalten sein. Auch in diesem Kontext ist das Zusammenwirken mit den Umland- und Nachbargemeinden für Bad Godesberg wesentlich.
- Es wurde gefordert, Bad Godesberg nicht „schlecht zu reden“, sondern auf bessere Nutzung der Potentiale unter intensiverer Beteiligung der Betroffenen zu setzen.